

Beantwortung Wahlprüfsteine

Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO) vom 15. Juli 2024

*Es ist mal wieder soweit, in Sachsen wird am 01. September ein neuer Landtag gewählt. Als Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO) und somit als Interessenverband haben wir uns in diesem Jahr dazu entschlossen, allen antretenden Parteien in Sachsen eine Anfrage in Form von Wahlprüfsteinen zukommen zu lassen und nach erfolgter Beantwortung auch zu veröffentlichen. Warum das Ganze? In Sachsen zeichnet sich ein Wandel ab. Durch die Wahlprüfsteine ist es uns zum einen möglich zu erfahren, welche Politik die einzelnen Parteien in Bezug auf unsere Gemeinschaft vertreten und was sie hinsichtlich ihrer Position bei einer Wahl tun oder lassen werden. Zum anderen gibt es uns die Chance den Wähler*innen eine wirkliche Orientierungshilfe anzubieten.*

1. **Resozialisierung und Bildung:** Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Gefangene in sächsischen Justizvollzugsanstalten zu verbessern?

Bildung ist für uns ein wesentlicher Schlüssel, damit Inhaftierten perspektivisch ein straffreies Leben gelingen kann. Uns ist es daher wichtig, dass Inhaftierte, die bisher keinen Schulabschluss haben, diesen nachholen können und ihnen vielfältige Möglichkeiten für eine berufliche Qualifizierung geboten werden. Hierfür werden wir auch künftig ESF+-Mittel einsetzen und darüber hinaus ausreichend Mittel im Haushalt bereitstellen.

2. **Arbeitsbedingungen und Entlohnung:** Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass Gefangene für ihre Arbeit in den Justizvollzugsanstalten fair entlohnt werden, mindestens nach dem Mindestlohngesetz?

Im Zuge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts befindet sich gegenwärtig in Klärung, wie die Arbeit von Inhaftierten in den Justizvollzugsanstalten künftig entlohnt wird. Eine Anhebung befürworten wir, gerade auch mit Blick auf die Zeit nach der Haft und ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben.

3. **Gesundheitsversorgung:** Welche Schritte wird Ihre Partei unternehmen, um die medizinische und psychologische Versorgung von Gefangenen zu verbessern und sicherzustellen, dass sie den Standards außerhalb des Gefängnisses entspricht?

In großen Teilen von Sachsen haben wir aktuell mit einem Ärztemangel zu kämpfen und so stehen auch die sächsischen Justizvollzugsanstalten und das Haftkrankenhaus vor der Herausforderung, die Gesundheitsversorgung der Inhaftierten abzusichern. Um die medizinische Versorgung zu verbessern, möchten wir das Angebot der Telemedizin mit allgemeinärztlichen, dermatologischen und psychiatrischen Sprechstunden ausweiten. Momentan ist dieses Angebot im Rahmen eines Pilotprojekts in der JVA Torgau und der JVA Chemnitz verfügbar. Und um eine gute Arzt-Patienten-Kommunikation abzusichern, verstärken wir zudem den Dolmetscher:innen-Pool der Justizvollzugsanstalten. Eine besonders hohe Bedeutung haben für uns zudem Angebote der Suizidprävention. Bestehende Angebote für Inhaftierte sicher wir ab und halten an entsprechenden Fortbildungen im Bereich von Suizidprävention und psychischer Gesundheit für die Bediensteten der sächsischen Justizvollzugsanstalten fest.

In den letzten Jahren haben wir in Sachsen Angebote zur Suchttherapie für Drogenabhängige in verschiedenen Justizvollzugsanstalten ausgebaut. Diesen Kurs führen wir fort und werden Inhaftierte mit einer Suchterkrankung auch künftig mit Beratungs- und Behandlungsangeboten unterstützen.

4. **Haftbedingungen:** Wie möchte Ihre Partei die Haftbedingungen in sächsischen Justizvollzugsanstalten verbessern, insbesondere im Hinblick auf Überbelegung, Hygiene und menschenwürdige Unterbringung?

Es ist dringend notwendig, die Attraktivität des Justizvollzugsdienstes zu erhöhen, damit ausreichend Personal in den Justizvollzugsanstalten und für den offenen Vollzug zur Verfügung steht. Nur so lässt sich eine gute Betreuung der Inhaftierten sicherstellen.

Damit in Sachsen Menschen, denen die Abzahlung der vom Gericht verhängten Geldstrafe nicht gelingt, seltener Ersatzfreiheitsstrafen ableisten müssen, setzen wir uns für den Ausbau des Programms „Schwitzen statt Sitzen“ ein. Denn für gewöhnlich gibt es durch Ersatzfreiheitsstrafen keine oder nur geringe Resozialisierungseffekte für die Gefangenen, da Beratungs- und Suchttherapieangebote aufgrund der kurzen Haftdauern kaum genutzt werden können. Zudem verursacht die Unterbringung im Gefängnis hohe Kosten für die Allgemeinheit. Ein wirklicher Mehrwert ergibt sich bei hohen Kosten und niedrigem Resozialisierungseffekt also weder für die Inhaftierten noch für die Gesellschaft.

Haftzeit ist eine Strafe, die nicht nur den Inhaftierten selbst betrifft. Auch für die Angehörigen ist es eine Herausforderung. Uns ist es wichtig, dass der Kontakt zu Familie und Freund:innen aufrecht erhalten werden kann. Um das zu erleichtern, haben wir uns im Zuge des neuen Strafvollzugsgesetzes für eine Ausweitung der Kommunikationsmöglichkeiten eingesetzt. Gerade für Inhaftierte, deren

Angehörige weiter entfernt leben, ist das von Bedeutung. Ein guter Kontakt kann die spätere Wiedereingliederung erleichtern und ist zugleich motivierend.

Wir haben uns in der aktuellen Legislatur auf den Weg gemacht, um das Recht von Kindern auf Zeit mit ihren Eltern, die in Haft sind, zu stärken. Im Ergebnis wird das Wohl des Kindes bei Unterbringung und Besuchen nun stärker berücksichtigt, Regelungen für den familienfreundlichen Besuch wurden verbessert und es steht künftig mehr kindgerechte Information zu Justiz und Haft zur Verfügung. Perspektivisch möchten wir im Interesse der Kinder und auch, um den Familienverband zu stärken, die Familienorientierung im Bereich des Justizvollzugs noch weiter verbessern. Dies kommt auf lange Sicht allen zugute, denn das soziale Netz der Inhaftierten bleibt erhalten und die Rückfallgefahr nach Haftentlassung verringert sich.

5. **Übergangsmangement:** Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Wiedereingliederung von Gefangenen in die Gesellschaft nach der Haft zu erleichtern und die Rückfallquote zu senken?

Wir möchten mehr Beständigkeit im Bereich der Wiedereingliederungsberatung erreichen. Dies bedeutet, dass eine dauerhafte Finanzierung der Angebote und ihrer Träger gelingen muss, damit den Inhaftierten schon im Vorfeld ihrer Haftentlassung verlässliche Partner:innen zur Verfügung stehen und diese sie auch nach der Haftentlassung begleiten. Unsicherheiten im Übergangsmangement aufgrund von häufigem Trägerwechsel möchten wir daher künftig vermeiden. Wichtig ist es zudem, den Inhaftierten schon früh Perspektiven für die Zeit nach der Haft zu geben, daher stärken wir Beratungsangebote für Inhaftierte wie Schuldner- und Berufsberatung sowie Bewerbungstrainings. Nur so kann eine gute Vorbereitung auf die Entlassung gelingen.

In der Unterbringung im offenen Vollzug sehen wir ein geeignetes Instrument zur Unterstützung der Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Die Unterbringung im offenen Vollzug haben wir daher im Zuge der jüngsten Novellierung der Sächsischen Vollzugsgesetze gestärkt. Gleichmaßen befürworten wir den Vollzug in freien Formen. Es ist wichtig, dass künftig ausreichend Personal für den Justizvollzugsdienst zur Verfügung steht, damit die Unterbringung im offenen Vollzug auch wie beabsichtigt möglich ist.

6. **Gewerkschaftsfreiheit:** Wird sich ihre Partei in der kommenden Legislatur für die Gewerkschaftsfreiheit inhaftierter Arbeiter*innen einsetzen? Wenn ja, wie?

Grundsätzlich erst einmal: Die SPD steht fest an der Seite der Gewerkschaften, sowohl aus ihrer Geschichte heraus als auch bei aktuellen Themen. Mit ihrem Kampf für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie faire Löhne erreichen Gewerkschaften wichtige Verbesserungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrer jeweiligen Branche.

Rechtlich gesehen sind inhaftierte Personen keine Arbeitnehmer:innen, die GG-BO daher keine tariffähige Gewerkschaft im ordnungspolitischen Sinne. Aber selbstverständlich haben inhaftierte Personen auch über die gesetzlich verankerte Gefangenenmitwirkung hinaus das Recht, ihre Interessen selbst zu vertreten bzw. sich zur Vertretung ihrer Interessen zu organisieren. Aus Sicht der SPD sollen Interessenvertretungen im Rahmen politischer Prozesse Gehör finden, denn unsere Demokratie lebt von Teilhabe.

7. **Rechtsberatung und Rechtshilfe:** Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass Gefangene Zugang zu angemessener Rechtsberatung und Rechtshilfe haben, um ihre Rechte effektiv wahrnehmen zu können?

Die Grundrechte eines jeden Menschen sind zu achten und zu wahren. Daher haben auch Gefangene Zugang zu Rechtsberatung und Rechtshilfe, etwa in Form von Beratungshilfen durch Anwälte. Wichtig ist es, dass Gefangene über ihre Rechte angemessen informiert sind. Daher gilt es auch, unabhängige Organisationen zu stärken, die kostenlose Beratungsangebote für Menschen im Gefängnis anbieten. Deshalb haben wir die Finanzierung der Straffälligenhilfe bei den Beratungen zum Landeshaushalt stets im Blick und setzen uns für eine auskömmliche Förderung ein.

Inhaftierte können außerdem mit ihren Anliegen an die jeweiligen Anstaltsbeiräte herantreten, wenn sie ihre Rechte verletzt sehen. In Anstaltsbeiräten arbeiten auch Mitglieder unserer Partei mit, wir nehmen diese Verantwortung sehr ernst und werden unsere engagierte Arbeit in diesem Bereich fortsetzen und auch künftig als Ansprechpartner für die inhaftierte Personen zur Verfügung stehen.

8. **Arbeitsplätze und Berufsausbildung:** Welche Pläne hat Ihre Partei, um die Schaffung von Arbeitsplätzen und Berufsausbildungsprogrammen für Gefangene zu fördern, um deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt nach der Entlassung zu verbessern?

Wie in der Antwort zu Frage 1 dargelegt, ist für uns dabei der Zugang zu Bildung elementar. Uns ist es daher wichtig, dass Inhaftierte die Möglichkeit bekommen, Schulabschlüsse nachzuholen und weiterführende Qualifizierungsmaßnahmen, wie eine Berufsausbildung, anzuschließen. In den sächsischen Justizvollzugsanstalten bestehen für die Inhaftierten Wahlmöglichkeiten für eine Ausbildung in verschiedenen Berufsfeldern. Das Ausbildungsangebot möchten wir perspektivisch weiter ausbauen.

Es gilt außerdem Angebote zu stärken, die Inhaftierten noch vor der Haftentlassung gezielte Unterstützung für den (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben bieten. Hierzu zählen etwa Berufsberatung und Bewerbungstrainings in den Justizvollzugsanstalten.

9. **Transparenz und Überwachung:** Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die Transparenz und externe Überwachung der Justizvollzugsanstalten zu verbessern, um Missstände frühzeitig zu erkennen und zu beheben?

Die Arbeit der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter schätzen wir. Sie macht sich regelmäßig ein Bild von den Haftbedingungen in den Justizvollzugsanstalten in Deutschland und stellt Berichte mit wichtigen Verbesserungsempfehlungen zur Verfügung. Die Empfehlungen der Nationalen Stelle werden wir auch künftig mit der notwendigen Sorgfalt behandeln, um so menschenwürdige Haftbedingungen in Sachsen zu sichern.

10. **Sozialversicherungen:** Wird sich ihre Partei in der kommenden Legislatur für die volle Einbeziehung inhaftierter Arbeiter*innen in die Sozialversicherungssysteme (Rente, Krankenversicherung) einsetzen? Wenn ja, wie?

Die SPD setzt sich für eine Verbesserung der sozialen Absicherung von Inhaftierten ein. Inhaftierte, die während ihrer Haft einer Tätigkeit nachgehen, sollten damit auch Anspruch auf Rentenversicherung erwerben können. Das ist unserer Meinung nach wichtig, damit bereits erworbene Rentenansprüche nicht verloren gehen und das Risiko der Altersarmut gemindert wird. Wir sind der Meinung, dass sich der Bund an einem Finanzierungsmodell beteiligen sollte und setzen uns hierfür auch künftig gegenüber der Bundesebene ein.